

Pozener Zeitung.

Vierundseitiger Jahrgang.

Nr. 525.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Donnerstag, 9. November

Inserate 1½ Sgr. die schrägpalierte Zeile über deren Raum, Neklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1871.

Amtliches.

Berlin, 8. Novbr. Se. M. der König hat dem Vereins-Bevollmächtigten in Magdeburg, Großherzoglich badischen Geh. Finanz-Rath Dr. Weindel, den Königl. Kronen-Orden 3. Kl.; sowie dem Königlich bairischen Polizei-Kommissar Bauer zu München und dem Kaiserlich österreichischen Telegraphen-Amts-Offizial I. Klasse Habit zu Reichenberg in Böhmen den Königl. Kronen-Orden 4. Kl. verliehen; den Kreisrichter und Amtsbeamte-Direktoren K. reivald in Neidenburg zum Kreisgerichts-Rath; den Staatsanwalts-Gehilfen v. Wille zu Rotenburg, im Reg.-Bezirk Kassel, zum Staats-Anwalt in San-gerhausen; und den bisherigen Polizei-Assessor Schön zu Danzig zum Polizei-Rath ernannt; dem Domänen-Rentmeister und Forst-Kassen-Rendanten Tech zu Stepenitz, sowie dem Domänen-Rentmeister und Kreis-Steuer-Einnehmer Stiwe zu Naugard den Charakter als Domänen-Rath; und den Eisenbahn-Sekretären und Bureau-Beschäftigten bei der Oberschlesischen Eisenbahn, Wilhelm Gringer und Friedrich Haselow zu Breslau, den Charakter als Rechnungs-Rath verliehen.

Der Kanzlei-Assistent Hesselbarth ist bei dem Kaiserlichen General-Postamte als Geh. Kanzlei-Sekretär angestellt worden.

Der bisherige Bau-Altezzist Schüler zu Dies ist, unter Belas-fung seines gegenwärtigen Titels als Königl. Bauinspektor in die Kreis-Baumeister-Stelle für den Unterwerterwald-Kreis mit dem Wohnsitz zu Montabaur, und der Bau-Altezzist Petzsch in gleicher Eigenschaft von Montabaur nach Dies versetzt worden.

Die Advokaten Ringen, Schiedges und Stapper in Düsseldorf sind zu Anwälten bei dem Königl. Landgericht in Düsseldorf er-nannt worden. Der Notar Fussbahn zu St. Goar ist in den Friedensgerichts-Bezirk Uerdingen, im Landgerichts-Bezirk Düsseldorf, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Uerdingen, versetzt worden. Der Notar Fuss zu Grumbach ist in den Friedensgerichts-Bezirk Nideggen, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Nideggen, versetzt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Dresden, 8. Nov. Die Großherzogin von Weimar ist mit den Prinzessinnen Maria und Elisabeth, von Heinrichsau kommend, hier eingetroffen und von dem Könige, den Prinzen und Prinzessinen am Bahnhof empfangen worden. Die hohen Herrschaften haben im Residenzschloss Wohnung genommen.

8. Nov. Graf Antonay in heute Nachmittag von Pest hier eingetroffen. Von einer Kandidatur des Baron Hübner für das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten ist an maßgebender Stelle durchaus nichts bekannt. — Von verschiedenen Seiten werden hier Kundgebungen vorbereitet, um dem abtretenden Reichskanzler Sympathien kund zu geben. — Sicherem Vernehmen nach wird auch der Kabinettsdirektor des Kaisers, Staatsrath Baron v. Braun, von seiner Stellung zurücktreten.

Prag, 8. Novbr. Der Leiter der Statthalterei erklärt in der heutigen Landtagssitzung in einer Ansprache, es sei das Streben der Regierung, den inneren Frieden wiederherzustellen sowie die Macht Österreichs zu befestigen, und fordert den Landtag auf, im Geiste des verbindlichen Charakters des königlichen Krestipes vorzugehen und die Wahlen für den Reichsrath vorzunehmen. Hierauf erstattet Fürst Schwarzenberg namens der Dreißiger-Kommission Bericht, worauf der Antrag, die Annahme der Wahlen für den Reichsrath abzulehnen, einstimmig angenommen wird. Der Oberstlandmarschall wird beauftragt, dem abgetretenen Statthalter Graf Chotek den Dank des Landtags darzubringen und wird der Landtag sodann mit einem dreimaligen Slava auf den König geschlossen.

Paris, 7. Nov. Der Generalrath des Seine-Departements hat einstimmig die Vorlage betreffend die Einführung des unentgeltlichen, obligatorischen Volksunterrichtes angenommen, dagegen sich mit 41 gegen 37 Stimmen gegen den ausschließlichen Unterricht durch Laien ausgesprochen.

Versailles, 8. Nov. Alle Gerüchte über angeblich zwischen Frankreich und Preußen schwedende Verhandlungen bezüglich Luxemburgs entbehren, der "Agence Havas" zufolge, jeder Begründung. — Rochefort ist diese Nacht nach dem Fort Bayard transportiert worden.

Bern, 8. Nov. Der Bundesrath hat den diesseitigen Gesandten in Paris beauftragt, Unterhandlungen über einen Handels- und Niederlassungsvertrag mit der dänischen Regierung anzutreten.

Rom, 8. Nov. Die Eisenbahnstrecke von Savona bis an die französische Grenze wird zu Anfang Dezember dem Verkehr übergeben werden. — Die hiesigen klerikalen Blätter bezeichnen die in den jüngst veröffentlichten Depeschen des französischen Gesandten, Marquis d'Harcourt, enthaltenen Mittheilungen über die angeblichen Erklärungen des Papstes für unrichtig. — Die der Oppositionspartei angehörigen Deputirten werden schon in der nächsten Zeit zusammenentreten, um sich über die in der bevorstehenden Session zu beobachtende Haltung zu einigen.

Amsterdam, 8. Nov. Die Generalversammlung der "Nederlandsche Handelsmaatschappij" hat fast einstimmig den Beschluss gefasst, den Gesellschaftsvertrag für eine Periode von weiteren 25 Jahren, vom 1. Januar 1875 ab gerechnet, fortzudauern zu lassen.

New-York, 8. Nov. Bei den heute stattgehabten Wahlen der Beamten für den Staat New-York siegten die Republikaner mit einer Majorität von 30.000 Stimmen; auch für die Wahlen zur Legislative des Staates erscheint der Sieg der republikanischen Partei gesichert. — Über den Ausfall der Wahlen in den übrigen Staaten liegen bis jetzt folgende Mittheilungen vor: In Massachusetts haben die Republikaner sowohl bei den Wahlen der Staatsbeamten, wie bei der Wahl des Gouverneurs, welche auf Washburn, ehemals Mitglied des Kongresses, fiel, gesiegt. In Wisconsin wurde der bisherige, der republikanischen Partei angehörige Gouverneur wieder gewählt. In Maryland brachten bei der Gouverneurswahl die Demokraten ihren Kandidaten Whyte

durch. In New-Jersey und Minnesota dürften die Republikaner die Majorität in der Legislative auch ferner behaupten, dagegen sollen in ersterer Staate die Demokraten bei den Wahlen der Staatsbeamten und des Gouverneurs gesiegt haben.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 8. Nov. Im Reichstag stand heute die dritte Verathung über den Antrag von Büsing, betr. die Einführung einer Volksvertretung in allen Bundesstaaten statt. Nach langer Debatte, in deren Verlaufe der Mecklenburgische Bevollmächtigte Bülow erkläerte, über die Verhandlung der Mecklenburgischen Regierung mit der Ritterschaft keine Mittheilungen machen zu können, wird der Antrag mit großer Majorität angenommen. — Auch die "Prov. Korresp." beschäftigt sich mit dem Büsing'schen Antrag; sie bringt einen ausführlichen Artikel unter dem Titel "Mecklenburg und das Reich", dem wir folgenden Schluss entnehmen:

Die Vertreter dieses Vorgehens haben zum Theil allerdings mit Ausdrücken des Vertrauens gegen den Großherzog verichert, daß sie denselben in seinen guten Absichten nur unterstützen und ihm die Möglichkeit geben wollten, sich auf einen Reichstagsschluss zu berufen. Man war augenscheinlich im Reichstage selbst nicht der Ansicht, daß die beantragte Änderung der Reichsverfassung um den Mecklenburgischen Angelegenheit willen wirklich in Kraft treten werden; bei den Meisten waltete wohl nur der Wunsch und die Hoffnung ob, durch den Reichstagsschluss einen helfenden und treibenden Einfluß auf die soeben angeholtene Entwicklung in Mecklenburg zu üben. Gerade zu solchem Zwecke aber wäre es vielleicht wünschbar gewesen, auch in der Form des Beschlusses selbst mehr den Ausdruck des Vertrauens, als den einer drohenden Nötigung zur Geltung gelangen zu lassen. Nach den Erklärungen des mecklenburgischen Bundesbevollmächtigten darf man der Zuversicht Raum geben, daß es bei dem ernsten und aufrichtigen Befreien der Regierung und der Stände irgend eines auch nur moralischen Druckes von außen niemand bedarf, um zu einem gedeihlichen Ziele zu gelangen, und daß in Kurzem der innere Friede, welcher leider schon allzu lange gestört worden, in den mecklenburgischen Landen wieder hergestellt sein wird.

Über die rumänische Eisenbahnangelegenheit bringt die "Prov. Korresp." folgenden halboffiziellen Artikel:

Die Angelegenheit ist auf vielfaches dringendes Ansuchen, neuerdings von zwei der bedeutendsten Berliner Bankhäuser, im Einvernehmen mit den zur Wahrung der Rechte der Obligationshaber gebildeten Komitees zu Breslau, Berlin und Wien in die Hand genommen worden. Eine befriedigende Regelung der Angelegenheit hat sich nur auf dem Wege der Bildung einer Allgemeinheit, der Verständigung derselben mit der rumänischen Regierung und den bisherigen Konzessionären, endlich der Übertragung der rumänischen Bahnen auf eine große österreichische Eisenbahngesellschaft in Aussicht nehmen lassen. Die Einleitungen zu dieser Erledigung der Angelegenheit sind durchweg getroffen. Dieselben können jedoch nur Erfolg haben, wenn der weitauß überwiegende Theil der Inhaber von Obligationen sich denselben anschließt. Dieselben sind demzufolge aufgefordert, ihre Obligationen bis zum 12. d. M. (durch die in allen großen Blättern bekannt gemachten Bankiers) einzusenden, woraus irgend welche Kosten nicht erwachsen.

Da durch die früheren verlockenden Ankündigungen auch viele Familien von beschränkten Verhältnissen ihr Vermögen in den erwähnten Obligationen angelegt haben, so erscheint es im Interesse derselben geboten, alseitig darauf aufmerksam zu machen, daß der jetzt dargebotene Weg allein geeignet sein dürfte, ihnen wenigstens einen größeren Theil ihres Besitzes zu retten, daß sie sich daher beeilen mögen, denselben vor Ablauf obigen Termines zu betreten.

Hieraus ist zu entnehmen, daß die Annahme, als würde die Regierung auf diplomatischem Wege bessere Bedingungen erreichen können, jedes Grundes entbehrt.

Einem hiesigen Blatte zufolge ist der General-Lieutenant von Podbielski dem Feldmarschall Grafen v. Moltke als adlatus an die Seite gestellt worden.

CS. Unter den ersten Gegenständen, über welche sich die preußische Regierung im Abgeordnetenhaus, möglicherweise in Beantwortung einer Interpellation, auszusprechen haben wird, befindet sich die Regulierungsfrage der Pensionsverhältnisse der preußischen Staatsbeamten. Man meint, daß jetzt, wo die Finanzlage des Staates eine günstige und das Pensionsgesetz für die Militärs in Kraft getreten, der Zeitpunkt für die Regelung dieser Zivilpensionen gekommen sei, und man würde einer Vorlage zustimmen, die sich an die Bestimmungen des Reichs-Militär-Pensionsgesetzes anschließe; also Pensionsberechtigung nach 10jähriger Dienstzeit auf 20% des Einkommens, jährliches Steigen um 1% bis zu 5%. Abgeordnete haben noch andere Desiderien geltend zu machen, so z. B. die Ausdehnung der Pensionsberechtigung auf gewisse Kategorien von diätarisch beschäftigten, sowie von auf Kündigung angestellten Beamten. Die übrigens sehr reservirte Antwort eines Abgeordneten auf eine diese Materie betreffende Frage könnte allenfalls zu dem Schlusse berechtigen, daß die preußische Regierung in der That mit der Ausarbeitung einer solchen Vorlage beschäftigt sei.

Wie die "Wfr. Btg." aus bester Quelle zu erfahren glaubt, hängt die Hierherkunft des Hrn. v. Lutz in erster Linie mit der Frage der deutschen Rechtseinheit zusammen. Über die Instruktionen, die er in dieser Beziehung mitgenommen, verlautet nichts Bestimmtes; sonderliche Illusionen über die hiesige Bereitwilligkeit zum Eingehen auf diese Reform und damit auf eine Erweiterung der Reichskompetenz wird man sich schwerlich zu machen haben.

In Sachen der Internationale, die den Sitz ihrer Thätigkeit in Deutschland jetzt hauptsächlich nach Hamburg verlegt haben soll, war zuerst eine sogenannte diplomatische Konferenz beabsichtigt, in Dresden oder an einem anderen Orte. Jetzt soll noch, der "Wfr. Btg." zufolge, eine andere Remedy ins Auge gefasst sein. Man läßt die Angelegenheit keineswegs auf sich beruhen.

Der "Magdebor. Corr." schreibt: Die Beschlüsse der vor zwei Jahren versammelt gewesenen (außerordentlichen) Provinzialsyno-

den sind in jüngster Zeit höchsten Orts Gegenstand erneuter Erwähnung gewesen. Wie wir hören, ist es Absicht, dem nächsten (?) Landtage eine Vorlage zu machen befußt Errömigung des verfassungsmäßigen Aufbaues einer selbstständigen Verfassung der evangelischen Kirche.

Zur Wohnungssfrage veröffentlicht der Magistrat im neuesten Kommunalblatt ein Schreiben, welches er am 29. Oktober an den Handelsminister gerichtet hat. Es heißt darin:

"Die Wohnungsverhältnisse Berlins gewinnen eine solche Gestaltung, daß unverkennbar dringende Veranlassung vorliegt, denselben und namentlich denjenigen der weniger bemittelten Bevölkerungsklassen einen hohen Grad von Aufmerksamkeit zuzuwenden, zumal da die Entwicklung der Wohnungsverhältnisse unzweifelhaft vom erheblichsten Einfluß auf die Entwicklung unserer gesammten sozialen Zustände sein wird. Es muß jedoch ein direktes Eingreifen der Behörden in die wirtschaftliche Bewegung unbedingt vermieden werden, vielmehr muß es der Privatgewerbe unter allen Umständen überlassen bleiben, die Nachfrage nach Wohnungen zu befriedigen; denn eine unmittelbare Beeinträchtigung von Staats- oder Kommunalbehörden an der Bauthätigkeit könnte zu den bedenklichsten Konsequenzen führen. Dagegen ist es, unseres Erachtens, Aufgabe, ja Pflicht der befreiteten Behörden, innerhalb ihrer Zuständigkeit alle Hindernisse zu beseitigen, welche einer gesunden Entwicklung der hiesigen Wohnungsverhältnisse entgegenstehen und überall da fördernd einzutreten, wo die zu ihrem Besten gehörigen Anstalten und Einrichtungen dazu Gelegenheit bieten. Die hauptsächlichste Ursache der hohen Wohnungspreise in Berlin liegt in dem hohen Grund- und Bodenwert. Wenn eine Quadrat-Milie Land 300–500 Thlr. kostet, so muß dieselbe für sich allein und ohne jede Hinzurechnung des Gebäudewerts jährlich 20 bis 40 Thlr. Miete aufbringen; erwägt man aber, welche Flächen für den Hof, die Einfahrt, die Treppenanlagen, das Pavid und für notwendige Wirtschaftsräume, eventuell für Straße und Vorgarten frei bleiben oder nicht zur eigentlichen Wohnung hinzugezogen werden können, so steigert sich die aufzubringende Rente von der eigentlichen Wohnungsfläche auf das Doppelte, nämlich 40–80 Thlr.; nimmt man nun ferner an, daß ein Haus in 3–4 Etagen über einander Wohnungen gewährt, daß andererseits aber auch 3–4 Qu.-M. zu einer nur kleinen Wohnung gehören, so stellt sich für eine solche die notwendige Miete, so weit sie nur eine Verzinsung des Grund- und Bodenwertes herbeiführen will, wiederum auf 40 bis 80 Thlr. fürs Jahr, und dies ist, verglichen mit anderen Orten, ein bedauerlich hoher Satz. Die Ursache dieses Verhältnisses ist darin zu finden, daß das Wachsthum Berlins im stärkeren Tempo fortschreitet, als geeignete Wohnungsmaßregeln zur Verhütung der aus diesem Wachsthum entstehenden Nachtheile. Das Wachsthum Berlins ist gewissermaßen sich selbst überlassen und besteht einfach darin, daß dem dringendsten Bedürfnisse entsprechend rund um die Stadt, unmittelbar an der Peripherie derselben, sich neue Häuser und Häusergruppen ansetzen, so daß also, während der Charakter der gesammten städtischen Anlage derselbe bleibt, sie doch sich fortgesetzt an der Peripherie vergrößert und die Entfernung von hier nach dem Mittelpunkte der Stadt – jahrtaus. jahrtaus. – Nach der "Trib." hat sich ein Konsortium von Kapitalisten, die der Börse jedoch nicht angehören, zur Gründung eines Börsenblattes vereinigt. Die oberste Leitung der Redaktion übernimmt Dr. Treuerz, bisher Redakteur der "Bank- und Handels-Btg."

Die Nachricht, daß die bekannte Mühlhäuser Firma Dollfuß vom 1. Januar ab eine große Niederlage ihrer Fabrikate hier in Berlin errichten werde, wird von Hrn. Dollfuß in der "N. Mühlhäuser Btg." als durchaus unrichtig bezeichnet.

Bonn, 4. Novbr. Der Professor Knoddt hatte bei dem Stadtrath den Antrag eingereicht, es möge ihm und den übrigen hiesigen suspendirten Priestern die Kirchhofsapelle für ihre gottesdienstlichen Zwecke überlassen werden. Der Antrag kam gestern zur Verathung und Beschlussnahme. Die juristische Kommission hatte sich einstimmig gegen die Gewährung erklärt. Sie ging von dem Gesichtspunkte aus, daß jene Priester, wosfern sie noch in der katholischen Kirche ständen, sich den Anordnungen ihrer kirchlichen Vorgesetzten unterordnen hätten; ob die kirchlichen Vorgesetzten die Priester mit Recht oder Unrecht suspendirt hätten, unterstehe nicht der Anerkennung des Stadtrathes. Standen jene Priester aber nicht mehr in der katholischen Kirche, so müßte vorerst durch sie der Nachweis erbracht werden, daß sie einer vom Stadtrath anerkannten Religionsgenossenschaft angehören und ermächtigt seien, priesterliche Funktionen im Geiste und Sinne dieser Religionsgenossenschaft auszuüben. Die Stadtvorordneten waren bis auf einen – einen Israeliten – erschienen und traten in ihrer Mehrheit der Ansicht der juristischen Kommission bei. Es stimmten 13 gegen 10 für den Knodtschen Antrag. (Germ.)

München, 5. Novbr. Gegen Mitte dieses Monats wird Hr. v. Döllinger als neu gewählter Rektor unserer Universität seine Antrittsrede halten und sieht man derselben unter den jetzigen Verhältnissen natürlich mit grösster und berechtigster Spannung entgegen. — Der Königl. Konzervator und Universitäts-Professor Dr. Meßmer erhält eine Buzschrift des erzbischöflichen Ordinariats, in welchem von demselben die Schlußerklärung verlangt wird: ob er auf dem von ihm bereits ausgesprochenen Standpunkt der Nichtanerkennung des vatikanischen Konzils und seiner Beschlüsse verharre. Bekanntlich wurde Dr. Meßmer anlässlich seiner Beichtabnahme des Prof. Zenger vor Monaten suspendirt.

Staats- und Volkswirthschaft.

Berlin, 7. November. Ostdeutsche Bank in Posen. Nach einer der Sachverständigen-Kommission der Fondsbörse zugegangenen Mittheilung, hat der Aufsichtsrath der Bank in Posen den hiesigen Firmen Oppenheim, Co. und J. Mamroth, Bantfasch, mit der Einführung der Aktien dieser Bank betraut und den Eröffnungstag derselben auf den 15. November d. J. festgesetzt, so daß die Aktien mit Zinsen von diesem Tage ab, a 4 Prozent laufend gehandelt werden.

Berantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wasner in Posen.

Angekommene Fremde vom 9. November.

BERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Kaufl. Fränkel, Werner, Wollmann u. Marschall a. Breslau, Thielicke a. Leipzig, Lenz a. Frankfurt a. M., Hoffmann a. Leipzig, Wohlforth a. Pforzheim, Kreisphys. Dr. Lewy a. Wreschen, Bövollm. a. Breslau, Bövollm. a. Breslau, Feijer, die Ritterg. Gerson a. Karna, Bloch a. Nostoc, Gräfin Tyszkiewicz a. Siedlec, Gräfin Grabowska a. Gr. Feijer, Gräfin Potulicka a. Kl. Feijer, Riemann

